

Kein Konsens bei Entwicklungshilfe

Zur Haushaltsberatung im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik am 25. November legte die CDU-Fraktion zehn Änderungsanträge zur Entwicklungszusammenarbeit vor, die jedoch in der von stellvertretender Vorsitzender Inge Lagemann (SPD) geleiteten Sitzung abgelehnt wurden. Die Ausschußmehrheit aus SPD und GRÜNEN nahm den Entwurf des Einzelplans 02 (Ministerpräsident und Staatskanzlei), soweit zuständig, unverändert an.

CDU-Sprecherin Ilka Keller begründete Mehrforderungen für Projekte im Ausland in Höhe von 1,7 Millionen bzw. 800 000 Mark mit notwendig konstanter Förderung der Staaten Mittel- und Osteuropas sowie im nördlichen Afrika. Die Kürzungen der Haushaltsjahre 1998 und 1999 schadeten dem Vertrauen in die weitere Unterstützung durch NRW. Dagegen könnten die Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung im Ausland gestrichen und Ansätze für den Informationsdienst Forum Eine Welt, ferner für entwicklungspolitische Bildungsarbeit gekürzt werden. Die unveränderten Zu-

schüsse für Bewußtseinsveränderung betrügen das Dreifache der Mittel für konkrete Projekte. Das sei ein falsches Signal, sagte Frau Keller, und Volkmar Klein (CDU) ergänzte, die Idee, am deutschen Wesen solle die Welt genesen, sei als „tödliche Hilfe“ erwiesen. Verschiedene Bestandteile des Promotoren-Modells seien nicht im Sinne der CDU, etwa volle Professionalisierung anstelle von mehr ehrenamtlicher Entwicklungszusammenarbeit. Die Evaluierung solle abgewartet werden.

Gabriele Sikora (SPD) teilte mit, ihre Fraktion verzichte auf Änderungsanträge. Karin Jung (SPD) plädierte für ein anderes Verständnis im Zeichen der Globalisierung und hob das große Engagement junger Menschen hervor, die einen Horror vor Großorganisationen hätten. Aus den kleinen örtlichen Initiativen gehe sehr viel sehr zielgenau ins Ausland. Die kleinteilige Mittelverteilung sei vernünftiger. Ute Koczy (GRÜNE) hielt es grundsätzlich für falsch, nicht in Bildung und Bewußtsein zu investieren. Es wäre ein Rückschritt, den CDU-Anträgen zu folgen. In NRW werde bewußt von „Eine-Welt-Arbeit“ statt „Hilfe“ gesprochen. Ein Aufschrei würde durch das Land gehen, wenn in das Promotoren-Netzwerk „reingeegrätscht“ würde. Die Kürzungen bei Auslandsprojekten seien allerdings be-
dauerlich.

Mehr für Ausbildung von Hauptschülern

„Was ist wichtiger?“ fragte CDU-Sprecher Laurenz Meyer, als SPD und GRÜNE bei der Beratung des Haushaltsentwurfs am 2. Dezember im Wirtschaftsausschuß den CDU-Antrag ablehnten, 50 Millionen Mark als neuen Titel für „Arbeitsplatzschaffende Existenzgründungshilfe“ zu veranschlagen, und wies auf die Kosten für den geplanten Umzug der Staatskanzlei in das Düsseldorfer Stadttor in Höhe von 46 Millionen Mark hin. Auch die CDU-Anträge, Mittel für sinnvolle Gründer-Beratung um 8,9 Millionen, für Schulungsmaßnahmen osteuropäischer Führungskräfte um 550 000 und für überbetriebliche Ausbildungslehrgänge um 4,7 Millionen Mark zu erhöhen, wurden von den Koalitionsfraktionen abgelehnt. Dennoch stimmte die CDU Anträgen von SPD und GRÜNEN zu, fünf von 20 Millionen Mark für Existenzgründungen von Frauen zu binden, die Zuschüsse an Verbraucherverbände um 180 000 auf 16,2 Millionen und für die Ausbildung benachteiligter Jugendlicher um fünf auf 21,3 Millionen Mark aufzustocken. Dagegen unterstützten die CDU-Abgeordneten die von Werner Bischoff (SPD) und Alexandra Landsberg (GRÜNE) befürworteten zwei Millionen Mark mehr für Frauen in Technik und Handwerk nicht. Wirtschaftsminister Peer Steinbrück hielt die besondere Förderung des Aachener Internet-Café für Frauen und des Projekts „Integratives Telehaus“ nicht für notwendig.

Dr. Dieter Hoff (WDR) erläuterte am 20. November vor dem Untersuchungsausschuß die Entwicklung der hochauflösenden Fernseh-Technologie ab 1981 und das Umsteuern auf digitales Fernsehen ab 1991. Ob eine Investition von 100 Millionen Mark angesichts gewisser Risiken durch ungeklärte technische Probleme Anfang der 90er Jahre zu rechtfertigen gewesen sei, könne er nicht beurteilen, antwortete Dr. Hoff auf eine Frage von Christian Weisbrich (CDU). Tricktechnik habe im übrigen viel mehr mit Digitaltechnik als mit HDTV zu tun. Tricktechnik sei im WDR vorhanden und ausgelastet. Weitere Aufträge würden an Firmen vergeben. Es fehle an fähigen Fachleuten für die neuen Fernseh-Techniken, bestätigte Dr. Hoff die Vermutung von Hans Kern (SPD).



Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) war zweimal als Zeuge geladen. (Fotos: Schälte)

Zeugenvernehmung im HDO-Ausschuß

Noch Mitte 1998 Geld vom Land

Vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß II, der sich mit der Förderung des Trickfilmzentrums HDO in Oberhausen aus Landesmitteln befaßt, sagte Staatssekretär Jörg Bickenbach (Wirtschaftsministerium) am 20. November und erneut am 3. Dezember als Zeuge aus. Der technische Direktor des WDR-Fernsehens Dr. Dieter Hoff wurde in der mehrstündigen Sitzung am 20. November als Sachverständiger gehört. Leitender Ministerialrat Dr. Hans-Gerd Prodoehl (Staatskanzlei) wurde in der ebenfalls vom Vorsitzenden Laurenz Meyer (CDU) geleiteten Sitzung am 3. Dezember als Zeuge vernommen. Zuvor kam es fast zum Eklat, nachdem Staatssekretär Bickenbach seine Aussage vom 20. November teilweise widerrufen hatte.

Bei seiner Aussage vom 20. November, noch Ende Juni 1998 habe das Wirtschaftsministerium dem Unternehmen HDO einen Gutachtenauftrag über 827 000 Mark zum Thema „Bedingungen und Fortentwicklung der Medienwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen“ vergeben, sei er nicht vollständig informiert gewesen, sagte Bickenbach am 3. Dezember. Weitere 800 000 Mark Fördermittel seien einem Münchner Filmemacher vom Wirtschaftsministerium mit der Auflage gewährt worden, einen Film bei HDO nachzubearbeiten. Der Filmema-

cher habe seinen Förderanspruch an HDO abgetreten.

Gleichzeitig habe das Wirtschaftsministerium erwogen, HDO in Konkurs gehen zu lassen, mit der Folge, daß der Endverwendungsnachweis für die mehr als hundert Millionen Mark Fördermittel nicht mehr zu führen gewesen wäre.

Im Frühjahr 1998 sei dem Trickfilmzentrum eine Landesbürgschaft versagt worden. Dennoch habe er eine Zuwendung von 4,5 Millionen Mark in Aussicht gestellt. Ihm sei bewußt gewesen, daß die Gewährung der Bürgschaft den Tatbestand der Untreue erfüllt hätte, räumte Bickenbach ein.

Der für Medienwirtschaft zuständige Leitende Ministerialrat Dr. Prodoehl bestritt nicht, der Hausbank des Unternehmens mitgeteilt zu haben, die 4,5 Millionen Mark sollten in Teilbeträgen ausgezahlt werden, eine erste Rate über eine Million Mark. Er habe bereits Ende 1990 in einem internen Vermerk auf die schlechten Ertragsprognosen für HDO hingewiesen. Bis 1995 habe er mit Betriebsverlusten von 65 Millionen Mark gerechnet. Er sei für Förderentscheidungen nicht zuständig gewesen, sondern ausschließlich das Wirtschaftsministerium. Im übrigen habe ihm der Chef der Staatskanzlei Rüdiger Frohn untersagt, über sämtliche Vorgänge ab März 1998 auszusagen.



Laurenz Meyer (CDU), Vorsitzender des Untersuchungsausschusses „HDO“.